



Explodierende Gesundheitskosten!

Schweizer zahlen europaweit am meisten - Felix Schneuwly | S. 4

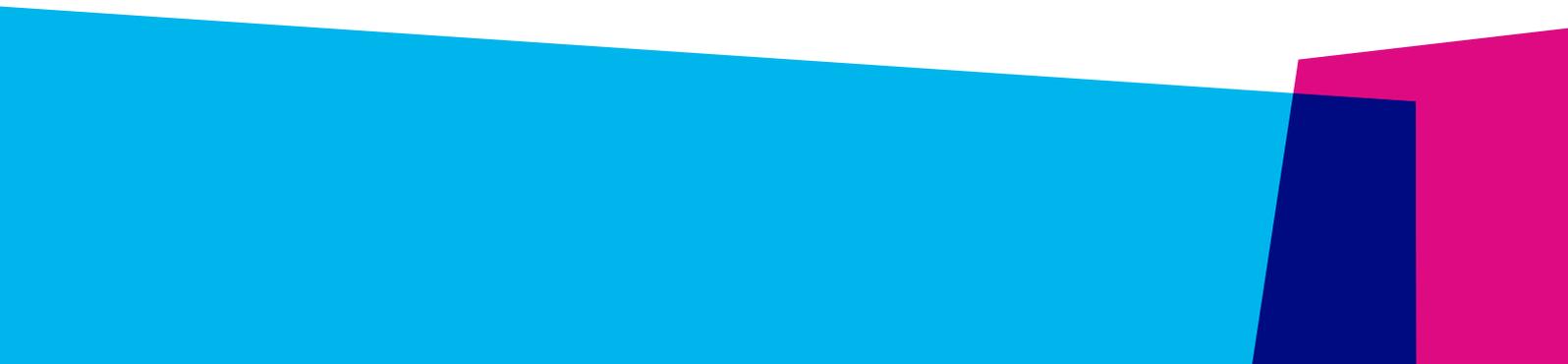
Die Tücken des Arzneimittelmarktes - Marcel Plattner | S.12

Recycling-Rückschritte

Schweizer Detailhändler verzichten auf „Tetra Pak“-Recycling - Dominique Roten | S. 8

Neuwagen-Import

Unnötige staatliche Handelshemmnisse - Sebastian Frehner | S. 9





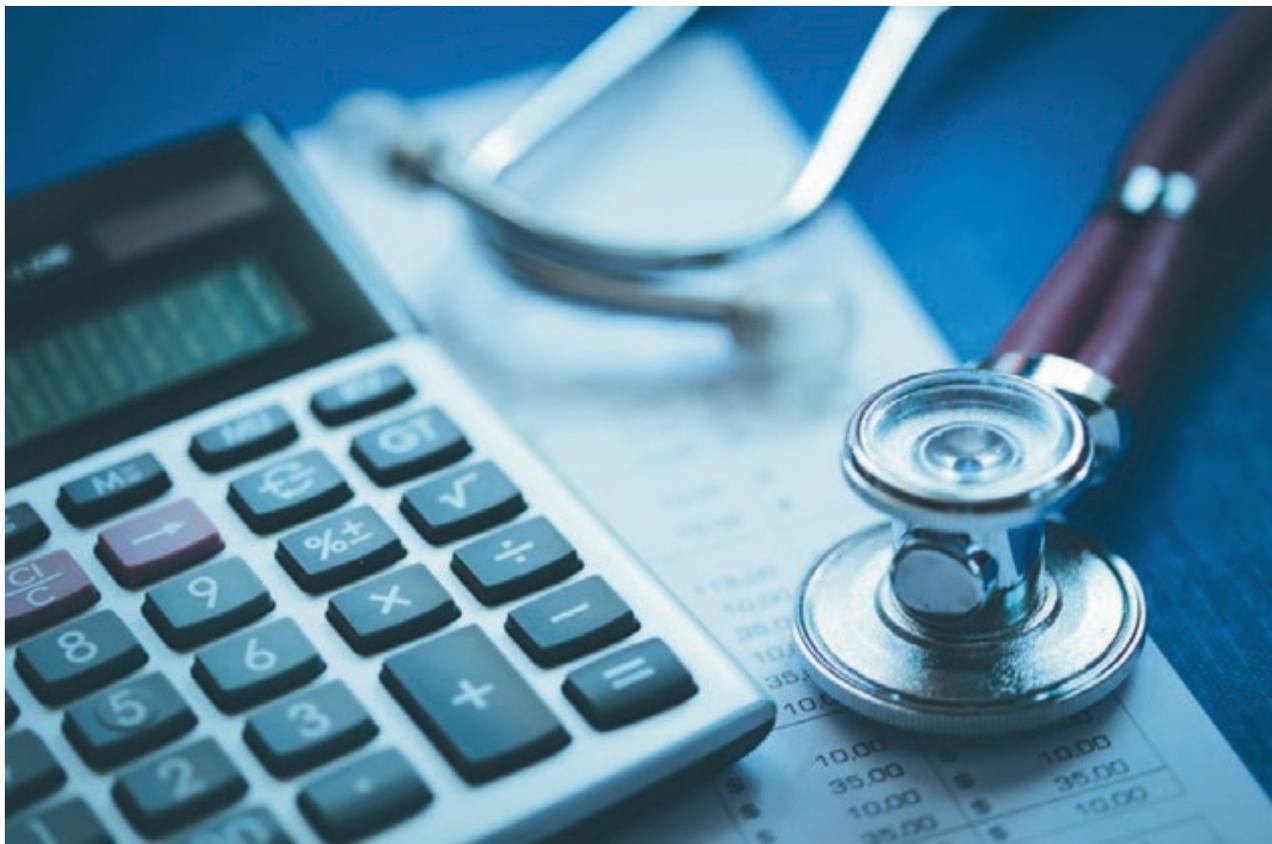
Inhalt

Dezember-Magazin Nr. 62

Explodierende Gesundheitskosten von Felix Schneuwly	S. 4
Petition "Hürden abbauen" / Behandlung psychischer Krankheiten sicherstellen	S. 6
Schweizerisches Konsumentenforum (Organisation)	S. 7
"Tetra Pak"-Recycling gerät ins Stocken von Dominique Roten	S. 8
Neuwagen-Importe: staatliche Handelshemmnisse beseitigen von Sebastian Frehner	S. 9
Wie schützt man sich vor HPV? Ariella Kaeslin und das kf klären auf	S.10
HPV-Informationenkampagne	S.11
Arzneimittelmarkt: Liberalisierung mit Tücken von Marcel Plattner	S.12
Gesetzeslücken und dubiose Tickethändler von Dominique Roten	S.14
Ratgeber: So entlarven Sie betrügerische Webseiten	S.15
Schweizer Taxameter-(Un)genauigkeiten	S.16
kf-Shop	S.18
Babettes Schlusswort - Wie weh tut „es bitzeli meh“?	S.19

Explodierende Gesundheitskosten

Schweizer zahlen weltweit am meisten



Schweizer zahlen weltweit am meisten aus der eigenen Tasche an Gesundheitskosten. Der Betrag entspricht fast jenem für die Grundversicherungsprämien: Ein Drittel der Arztkosten ist privat finanziert. Die Krankenversicherer weisen zudem bei den Zusatzversicherungen, wo ein Wechsel für die Kunden ab 50 praktisch unmöglich ist, niedrige Schadenquoten und entsprechend hohe Umsatzrenditen aus. Doch der Markt droht zu kollabieren, weil sich die gesundheitspolitischen Rahmenbedingungen rasch ändern. Das zeigt die am 28. August in Bern präsentierte Comparis-Studie zum Markt der Krankenzusatzversicherungen.

Die steigenden Grundversicherungsprämien bieten alljährlich Stoff für hitzige Diskussionen. Doch tatsächlich zahlen Herr und Frau Schweizer fast ebenso viel privat an Gesundheitskosten. Und die Zahlungsbereitschaft ist gross. Eine Studie des Gesundheitsökonom Pius Gyger im Auftrag des Online-Vergleichsdienstes comparis.ch zeigt: Von den total 80 Milliarden Franken Gesundheitsausgaben zahlten die Schweizer 2016 direkt aus dem eigenen Portemonnaie 24 Milliarden Franken. Davon entfielen 5,4 Milliarden Franken auf für die Versicherer hochprofitable Zusatzversicherungsleistungen. Besonders profitiert haben die Versicherer im stationären Bereich. Weil die Grundversicherung stetig ausgebaut, das Zusatzversicherungs-

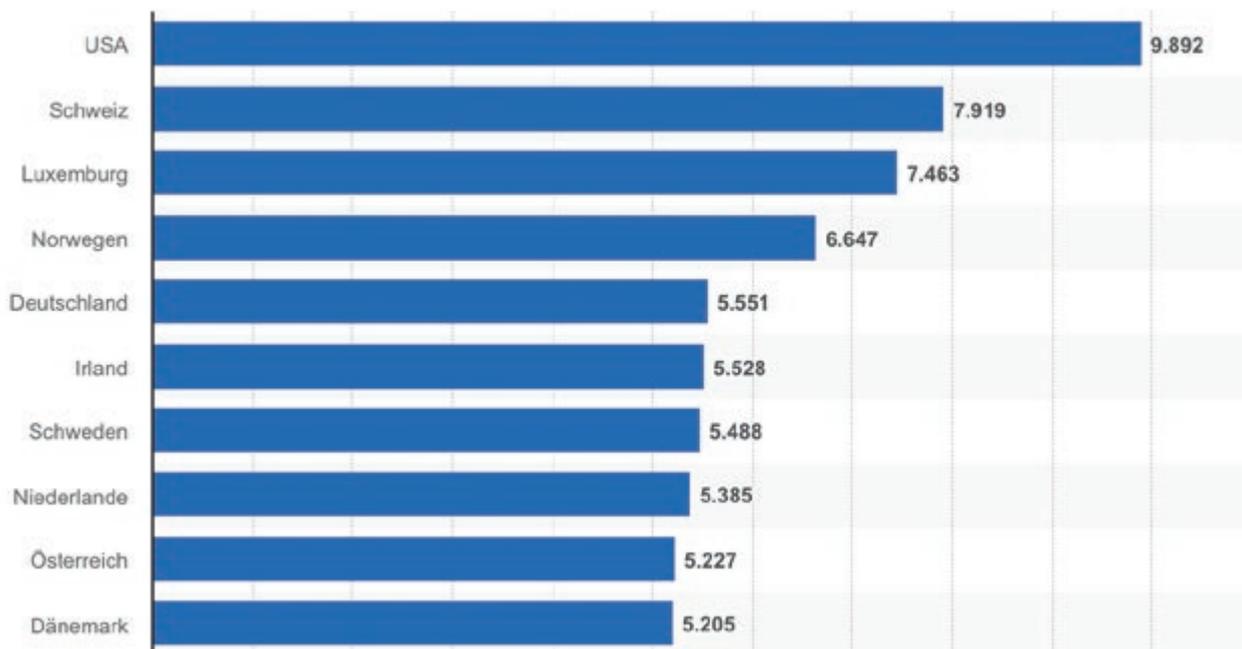
angebot kaum den sich verändernden Kundenbedürfnissen angepasst wird und Kunden ab 50 nicht mehr wechseln, sondern nur noch aussteigen können, ist der Kundenbestand - trotz hoher Prämien - in den letzten Jahren konstant geblieben. Das Prämienvolumen stieg zwischen 2008 und 2016 sogar um 6 Prozent.

Ein Drittel der Arztleistungen zahlen Schweizer direkt, nicht via Versicherungsprämien

Von den 24 Milliarden Franken privat bezahlter Gesundheitsdienstleistungen entfielen fast 80 Prozent auf freiwillige Selbstzahlungen. Hier sind weitere rund 4,3 Milliarden Franken Kostenbeteiligungen an medizinische Leistungen zu Lasten der Sozialversicherungen nicht eingerechnet.

In absoluten Zahlen betrachtet steht die Schweiz damit, zusammen mit den USA, bezüglich der privat finanzierten Gesundheitsausgaben pro Kopf weltweit an der Spitze. Mit relativ betrachteten 40 Prozent privater Finanzierung und 60 Prozent Zwangsabgaben liegt die Schweiz bei den Gesundheitsausgaben auf einer Linie mit Israel, Griechenland und Chile. In unseren Nachbarländern Deutschland und Frankreich wird mit je knapp über 15 Prozent deutlich weniger privat finanziert.

Jährliche Gesundheitsausgaben 2016 pro Kopf



Quelle: statista.com (OECD-Studie, 2016)

Seit 2012 wachsen die Ausgaben des privaten Marktes in der Schweiz etwa so wie die der Grundversicherung. Die Zahlen der Haushaltsbudget-Erhebung (HABE) zeigen, wohin die privaten Beiträge fließen: Mit 5,5 Milliarden Franken machen Pensions- und Betreuungskosten in Pflegeheimen einen wesentlichen Teil der direkt von den Privathaushalten gedeckten Kosten aus.

Weitere 3 Milliarden entfallen auf selbst bezahlte Arztleistungen. Bemerkenswert ist: Die durch die Grundversicherung gedeckten Arztleistungen machen demnach nur rund zwei Drittel der gesamten Arztkosten aus. Weitere 2,8 Milliarden Franken geben die Schweizer beim Zahnarzt aus und 1,6 Milliarden Franken für Medikamente.

Lukrative Zusatzversicherungen: Eine halbe Milliarde Franken Gewinn

Mit einem Anteil von rund 5,4 Milliarden Franken machten die Zusatzversicherungen 2016 rund 20 Prozent der privat finanzierten Gesundheitskosten aus. Dabei waren die Produkte für die Versicherungen deutlich lukrativer als für deren Kunden: Zwischen 2008 und 2016 sind die Prämieinnahmen um 865 Millionen Franken auf 6,6 Milliarden Franken angewachsen. Die Schadenzahlungen haben demgegenüber nur um 353 Millionen Franken zugenommen (auf 4,7 Milliarden Franken). Das ergibt für die Branche ein sattes Plus von 512 Millionen Franken.

Besonders Produkte für den stationären Spitalaufenthalt haben sich für die Versicherer gesamthaft lukrativ entwickelt. Hier zeigt sich im Gegensatz zur Grundversicherung die schwache Marktmacht der Kunden:

Ab 50 können Versicherte praktisch nicht mehr wechseln. So sind Groupe Mutuel mit einer Schadenquote 2008 bis 2016 von 56 Prozent vor ÖKK und Sympany mit je 57 Prozent die grössten Profiteure. Die beiden Marktführer Helsana (74 Prozent) und CSS (68 Prozent) befinden sich im Mittelfeld. Im ambulanten Bereich ist Assura mit einer Schadenquote von 30 Prozent absoluter Spitzenreiter vor Groupe Mutuel (48 Prozent) und Helsana (60 Prozent) und CSS (63 Prozent).

Die Zahl von klassischen Halbprivat- und Privatversicherten ist trotz der hohen Profitabilität für die Versicherer in den letzten Jahren konstant geblieben. Die Durchschnittsprämien pro Kopf der Bevölkerung sind seit 2008 sogar um 6 Prozent gestiegen. „Die Bedürfnisse der Bevölkerung gehen weit über die von der Grundversicherung gedeckten Leistungen hinaus. Die Zahlungsbereitschaft für Gesundheitsleistungen über das zwangsfinanzierte Angebot hinaus ist in der Schweiz immer noch hoch“, so Studienautor Pius Gyger.

Versicherer müssen innovativer werden

Doch hier ist nach Ansicht von Comparis-Krankenkassen-Experte Felix Schneuwly dringend Innovation bei den Versicherern gefordert. Denn die rosigen Zeiten neigen sich rasch dem Ende zu: „Die Prämieinnahmen aus stationären Zusatzversicherungen werden heute zu einem erheblichen Teil für die Finanzierung eigentlicher Pflichtleistungen der Grundversicherung und für staatlich finanzierungspflichtige Aufgaben wie Lehre und Forschung verwendet. Die Finma will das nun unterbinden“, so Schneuwly.



Durch die Ambulantisierung der Akutmedizin gerieten die klassischen Spitalzusatzversicherungen zudem unter Druck. Denn mit günstigeren Flex-Versicherungen entscheiden die Versicherten von Fall zu Fall für oder gegen ein Upgrade in die halbprivate oder private Abteilung und sparten über die Jahre mehrere Zehntausend Franken.

Schneuwly vermisst dynamische Krankenversicherer, die zusammen mit innovativen medizinischen Leistungserbringern mit attraktiven Zusatzversicherungsprodukten frühzeitig auf die Verlagerung reagiert haben: „Wer für eine ambulante Operation den Komfort einer Halbprivat- oder Privatversicherung will, findet kaum entsprechende Zusatzversicherungen“, gibt er zu bedenken.

Zusätzliches Handlungspotenzial sieht er beim Thema Pflegeversicherungsprodukte. Heute fristen Pflegeversicherungen in der Schweiz absolutes Nischendasein. „Die Produkte sind teuer und wenig auf die Bedürfnisse der Versicherten zugeschnitten“, so Schneuwly. Die Studie zeige jedoch gerade in diesem Bereich ein grosses Potenzial für hochrentable, innovative Produkte.

Methodik

Pius Gyger hat für die Studie öffentlich zugängliche Daten der Versicherer, des Bundesamtes für Gesundheit (BAG), der Finanzmarktaufsicht (Finma) des Bundesamtes für Statistik (BFS) und der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) analysiert.

Felix Schneuwly, comparis



über comparis.ch

Mit über 80 Millionen Besuchern pro Jahr zählt comparis.ch zu den meistgenutzten Schweizer Webseiten. Das Unternehmen vergleicht Tarife und Leistungen von Krankenkassen, Versicherungen, Banken sowie Telecom-Anbietern und bietet das grösste Schweizer Online-Angebot für Autos und Immobilien. Dank umfassender Vergleiche und Bewertungen bringt das Unternehmen Transparenz in den Markt. Dadurch stärkt comparis.ch die Entscheidungskompetenz der Konsumentinnen und Konsumenten. Gegründet 1996 vom Ökonomen Richard Eisler beschäftigt das Unternehmen heute rund 180 Mitarbeiter in Zürich.

Petition: Hürden abbauen

Behandlung psychischer Krankheiten sicherstellen

„Ich fordere den Bundesrat auf, die bestehenden Zugangshürden bei der Behandlung von psychisch erkrankten Menschen zu beseitigen.“

Psychische Erkrankungen und Krisen sind häufig. Fast die Hälfte der Bevölkerung erleidet mindestens einmal im Leben eine psychische Krankheit.

In der ambulanten Psychotherapie gibt es Zugangshürden, die zu Versorgungsengpässen führen. Dabei ist bekannt: Nicht rechtzeitig behandelte psychische Krankheiten haben fatale Folgen und verursachen der Schweizer Wirtschaft und den Sozialversicherungen jährlich Kosten in Milliardenhöhe.

Psychotherapie ist eine wirksame und unverzichtbare Methode in der Behandlung von psychischen Erkrankungen. Sie wird von Psychiaterinnen und Psychiatern (Ärzten mit einer entsprechenden Facharztausbildung) und psychologischen Psychotherapeutinnen und -therapeuten (Psychologen mit einer langjährigen, eidgenössisch anerkannten Weiterbildung) angeboten.

Wer heute eine psychotherapeutische Behandlung benötigt, muss lange warten. Insbesondere bei der Behandlung von Kindern und Jugendlichen ist mit Wartezeiten bis zu sechs Monaten zu rechnen. Dies, weil aktuell nur Psychiaterinnen und Psychiater berechtigt sind, über die Grundversicherung abzurechnen. Da in der Schweiz zu wenig Psychiaterinnen und Psychiater tätig sind, führt dies zu Wartezeiten bis zu einem halben Jahr.

Die Lösung ist einfach: Auch psychologische Psychotherapie muss von der Grundversicherung übernommen werden, wenn sie auf ärztliche Anordnung durchgeführt wird. Nur so hat das lange Warten und Leiden ein Ende.

Jetzt unterschreiben unter:

www.psychologie.ch/de/landing-pages/petition/

Ein Engagement von:





Schweizerisches Konsumentenforum

Forum statt Arena
Dialog statt Skandalgeschrei
Aufklärung statt Bevormundung

Vorstand



Babette Sigg
Präsidentin
Konsumentenrechte



Liliane Legrand
Gesundheitswesen



Blanca Ramer
Energie & Mobilität



Susanne Staub
Landwirtschaft



Muriel Brinkrolf
Gesundheitswesen
& Digitalisierung
(Wahl 2019)



Carmela Crippa
Umwelt &
Recycling
(Wahl 2019)

Fachbeirat

Heinz Beer	Energie, Nachhaltigkeit
Beat Blumer	Hotellerie, Gastronomie
Eva Brechtbühl	Tourismus
Felix Frey	Energie
Karin Geser	Bildung
Ursula Gross	Recht
Ivo Gut	Mehrwertsteuer
Lahor Jakrlin	Medien und Werbung
Margrit Kessler	Gesundheitswesen
Urs Klemm	Lebensmittel
Tanja Kocher	Kommunikation
Marc Müller	Versicherungen
Blanca Ramer	Energie, Mobilität
Petra Rohner	e-Commerce, Direktverkauf
Pascal Rudin	Kinder- und Jugendrecht
Felix Schneuwly	Krankenkassen
Beda Stadler	Gesundheitswesen
Peter Sutterlüti	Post, Service Public
Ursula Trüb	Lebensmittelsicherheit
Gabriela Winkler	Energie
Paul Zwiker	Codex Alimentarius

Politischer Beirat

Doris Fiala	Nationalrätin FDP, Kt. Zürich
Beat Flach	Nationalrat GLP, Kt. Aargau
Sebastian Frehner	Nationalrat SVP, Kt. Basel-Stadt.
Alois Gmür	Nationalrat CVP, Kt. Schwyz
Bernhard Guhl	Nationalrat BDP, Kt. Aargau

Ombudsstellen

Rolf Büttiker	Fleisch
Andrea Hagmann	Textilpflege
Noëmi Schöni	E-Commerce

Geschäftsstelle

Andrea Lüthi	Rechtsberater
Dominique Roten	Kommunikationsleiter
Babette Sigg	Geschäftsführung
Carina Stucki	Administration & Grafik
Rosina Ueltschi	Rechtsberaterin

„Tetra Pak“-Recycling gerät ins Stocken

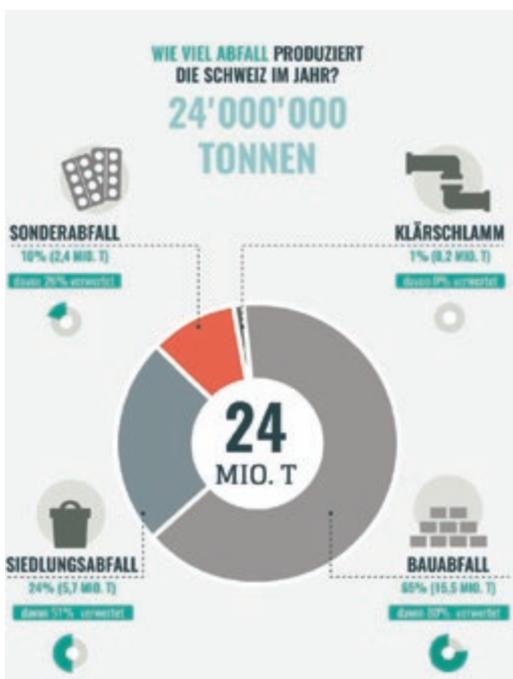
Rückschritte bei Migros, Coop und Denner

Die Schweiz gehört im Recycling zu den Besten der Welt. Sie recycelt Glas, Blech, Aludosen, PET-Flaschen, Batterien und Textilien. Doch bei den Getränkekartons versagt sie...



Im internationalen Vergleich gehört die Schweiz zweimal zu den Spitzenreitern: Einerseits produziert sie jährlich doppelt so viele Siedlungsabfälle pro Kopf (d.h. Abfallstoffe aus Haushalt und Gewerbe) wie der EU-Durchschnitt. Nur Dänemark und die USA produzieren ähnlich viel Abfall pro Kopf.

Andererseits nimmt die Schweiz bei der Abfallverwertung eine internationale Vorreiterrolle ein: Von den Siedlungsabfällen werden 51% recycelt, der Rest wird verbrannt. Kein anderes Land weist eine derart hohe Recycling-Quote bei Siedlungsabfällen aus.



Quelle: Bundesamt für Umwelt / bafu.admin.ch

Doch die vorbildliche Recycling-Quote ist in Gefahr: Die Schweizer Detailhändler Migros, Coop und Denner recyceln zwar Plastik-Flaschen, weigern sich aber seit Jahren, das gleiche mit Getränkekartons zu machen. Dies im Gegensatz zu Aldi und Spar, die Plastikflaschen UND Getränkekartons recyklieren.

Wie kann es sein, dass eine „schweizerische Tugend“ wie das Rezyklieren ausgerechnet von den drei grossen Schweizer Detailhändlern vernachlässigt wird, während die tiefpreisigen Discounter Aldi und Spar sich diese Dienstleistung für Umwelt und Konsumenten weiterhin leisten? Migros, Coop und Denner begründen die fehlende Dienstleistung mit Geruchsemissionen, die bei den Sammelstellen entstünden, wenn man sie nicht täglich leeren würde. Würde man sie täglich leeren, wäre das mit Mehrkosten verbunden, die die Schweizer Detailhändler nicht bereit sind zu zahlen. Dies steht im Gegensatz zu Aldi und Spar, welche sich hier vorbildlich verhalten und die Sammelstellen täglich leeren – zum Glück für die Migros-, Coop- und Denner-Kunden, denn die können ihre „Tetra Paks“ bei Aldi und Spar entsorgen...

Ein Grund für das Verhalten der Schweizer Detailhändler liegt in der Schweizer Politik: Bis heute hat sie es versäumt, einheitliche Strukturen und Vorgehensweisen einzufordern. Die schlechten Strukturvorgaben haben dazu beigetragen, dass in der Schweiz jeder sein eigenes Süppchen kocht und aus lauter Eigeninteressen kaum kostensenkende Synergien entstehen können. Denn es gibt bis heute nur Vorgaben für einzelne Materialien.

In Deutschland läuft es anders: Die Gesetzgebung befasst sich ausführlich mit den Sammelstrukturen und gibt den Detailhändlern klare Vorgaben beim Recycling. Dies mag mit ein Grund sein, warum beim deutschen Discounter Aldi niemand auf die Idee gekommen ist, das Recycling von Getränkekartons aus Kostengründen wieder zu streichen, nicht einmal in der Schweiz.

kf-Meinung

Grosse Unternehmen haben grosse Auswirkungen auf Umwelt und Konsumenten. Die Schweizer Detailhändler stehen darum in der in der gesellschaftlichen Pflicht, brancheninterne Lösungen für das „Tetra Pak“-Problem zu finden, Synergien zu nutzen und gemeinsam Finanzierungslösungen zu erarbeiten.

Dominique Roten, Konsumentenforum

Neuwagen-Import

unnötige staatliche Handelshemmnisse beseitigen



Der Import von Fahrzeugen in die Schweiz unterliegt starken Regulierungen, verschiedene sind in erster Linie als Handelshemmnis zu beurteilen; zu Lasten von Konsumenten und Wirtschaft. Regulierungen ohne Mehrwert (bspw. Für Verkehrssicherheit oder Umwelt) sind überflüssig. Insbesondere dann, wenn sie Konsumenten und einheimische KMU unnötig belasten.

Seit der Liberalisierung des KFZ-Marktes 2005 hat sich einiges getan: Der Anteil von parallel und direkt importierten Fahrzeugen ist deutlich angestiegen und hat das von den mächtigen Generalimporteuren dominierte Preisgefüge unter Druck gesetzt; zum Vorteil für die Konsumenten, die Fahrzeugpreise sind durchschnittlich um ca. 20 Prozent gesunken. Dieser positive Effekt könnte nun verpuffen. Der freie Autohandel ist aufgrund zunehmender staatlicher Handelshemmnisse unter Druck und musste 2018 einen Rückgang um über ein Viertel des Marktvolumens verzeichnen, der Anteil am Gesamtmarkt sank von 7 auf 5 Prozent.

Erhebungen zeigen: Sinkt der Marktanteil von Parallel- und Direktimporten unter 5 Prozent, setzt die preisdisciplinierende Wirkung für den Gesamtmarkt aus. Die Schweiz droht (wieder) zur Hochpreisinsel im Automobilssektor zu werden.

Ein Beispiel von unnötigem Formalismus ist das Beharren der Schweizer Behörden auf das Vorliegen eines ganz spezifischen Dokumentes für die vereinfachte Zulassungsfähigkeit eines Fahrzeuges in der Schweiz - unabhängig davon, ob die in diesem Dokument enthaltenen Informationen auch auf einem anderen offiziellen Dokument verfügbar sind oder nicht.

Die Rede ist von der EG-Übereinstimmungsbescheinigung, dem sogenannten „Certificate of Conformity“ (CoC). Die

Behörden anerkennen COCs, die von Fahrzeugherstellern ausgestellt werden.

Hingegen wird der vereinfachte Zulassungsprozess bei Papieren, die inhaltlich mit dem CoC vergleichbar sind, unterbunden - einzig aufgrund der abweichenden Dokumentenbezeichnung. Die Folge: zusätzlicher Administrativaufwand für den Autohändler und höhere Fahrzeugpreise.

Mit einer in der Herbstsession eingereichten Motion möchte ich in diesem Bereich Gegensteuer geben. Der Bundesrat soll beauftragt werden, die gesetzlichen Grundlagen der Zulassung von Fahrzeugen zu anpassen. Künftig sollen auch Bescheinigungen von Landesimporteuren, ausländischen Behörden oder Herstellern akzeptiert werden. Voraussetzung ist dabei selbstverständlich, dass die jeweilige Bescheinigung die notwendigen Informationen zum Fahrzeug enthält. Mit der Anerkennung dieser materiell den CoC gleichzusetzenden Dokumenten wird ein ebenso unnütiges wie teures staatliches Handelshemmnis beseitigt und aktiv gegen die Hochpreisinsel Schweiz vorgegangen.

Sebastian Frehner, Nationalrat SVP



Wie schützt man sich vor HPV?

Info-Anlass mit Ariella Kaeslin



In der Schweiz sind gerade mal 56% der 16-jährigen Mädchen gegen "humane Papillomaviren", kurz HPV, geimpft. „Viel zu wenig“, findet Ariella Kaeslin, ehemalige Europameisterin im Kunstturnen, die 2017 selber mit der HPV-Diagnose konfrontiert wurde. Gemeinsam mit dem Konsumentenforum lud sie Presse und Interessenvertreter am 22. November in Bern zu einem Informationsanlass ein.

Die Ansteckungsgefahr bei HPV-Viren ist enorm gross und wird durch Geschlechtsverkehr übertragen, wobei Kondome keinen Komplettschutz bieten, denn die Viren befinden sich im gesamten Schambereich. Beide Geschlechter können HPV-Träger sein, allerdings droht den Mädchen das schlimmere Schicksal: Eine Infektion kann zu Gebärmutterhalskrebs führen.

„Ich bewegte mich sieben Jahre nach meinem Rücktritt weiterhin sehr viel und ernährte mich gesund. Und doch musste ich erfahren, dass auch ich nicht vor gefährlichen Krankheiten gefeit bin“, so die 31-jährige Kaeslin. Die Tumordiagnose war ein Schock, doch hatte sie Glück im Unglück: Der Tumor wurde frühzeitig erkannt und entfernt.

Aus diesem Grund setzt sich Kaeslin dafür ein, dass sich sowohl Mädchen wie auch Jungen gegen HPV-Viren impfen. Denn eine Operation ist immer belastender als eine

Impfung. Diese ist am nützlichsten im Alter zwischen 11 und 14 Jahren, also noch vor dem ersten Geschlechtsverkehr.

Experte Dr. Alexander Markus, der dem Anlass ebenfalls beiwohnte, führte aus, dass man bezüglich HPV-Impfraten in der Schweiz, im Vergleich zu anderen Ländern etwas nachlässig geworden sei. Dies variiere allerdings stark von Kanton zu Kanton: Während in Appenzell-Innerrhoden lediglich 19% der 16-jährigen Mädchen geimpft sind, sind es im Wallis fast 80%.

Generell lasse sich bei den Impfraten ein grosser Unterschied zwischen West- und Deutschschweiz feststellen. Die Romands würden sich wesentlich häufiger impfen lassen als die Deutschschweizer, weil Impfen in der Romandie als Akt der Solidarität gegenüber den Schwachen empfunden würde, wohingegen man in der Deutschschweiz eher das eigene Wohl im Fokus habe.

Dominique Roten, Konsumentenforum

PS: Das Konsumentenforum unterstützt die Informationskampagne zur Sensibilisierung der Bevölkerung gegenüber HPV. Einen ausführlichen Bericht über HPV-Viren können Sie unter www.konsum.ch/sonderbeilage-gesundheit.ch nachlesen. Ausserdem sollen Jungen und Männer mit InfoFlyern erreicht werden (siehe nächste Seite).

Sei ihr **HELD**



SCHÜTZE DICH UND DEINE LIEBSTE VOR HPV

HPV betrifft Frauen und Männer, denn HPV-Viren können verschiedene Krebsarten im Genitalbereich und Genitalwarzen auslösen. Im Schnitt erhält jeden Tag eine Frau die Diagnose Gebärmutterhalskrebs. Informier dich über die HPV-Impfung, sie kann dich und deine Liebste vor den wichtigsten HPV-Typen schützen.

SICHER IST SICHER

Wer Sex hat, kann sich mit einer sexuell übertragbaren Infektion (STI) anstecken. Das kommt vor. Die meisten Infektionen sind behandelbar. Ohne Behandlung können STI schlimme Folgen haben. Wer sich richtig schützt, kann eine Infektion vermeiden.

SO WIRST DU ZUM HELDEN

Safer Sex - Kondome können dich vor vielen STI schützen.
Testen - Du kannst dich testen, wenn du Risiken eingegangen bist.
Impfen - Du kannst dich gegen Hepatitis A, B und gegen HPV impfen lassen.

MEHR INFOS UNTER

www.lilli.ch
HPV-INFO.CH



Liberalisierung mit Tücken

Öffnung des Arzneimittelmarktes



Die Marktöffnung ist angesichts besserer Informationszugänglichkeit der Patienten sehr wünschenswert, erhöht die Versorgungssicherheit und senkt die Kosten. Werden gleichzeitig aber zusätzliche Hürden in der Abgabe und die Schaffung der Rezeptpflicht für heute bereits rezeptfreie Medikamente bei leichten Erkrankungen wie Husten eingeführt, dann dient dies weder dem Patienten, noch dem Gesundheitssystem. Hier werden Kosten erhöht, ohne einen Nutzen zu generieren. Gut gemeint ist leider noch nicht gut gemacht.

Wer an einer Erkältung mit Husten erkrankt, geht selten zum Arzt - meist werden Hausmittel oder frei verkäufliche Medikamente eingesetzt. Dies ist einfach und kostengünstig für das ganze Gesundheitssystem: Es braucht keinen Arztbesuch, keine spezialisierte Beratung - sondern lediglich Erfahrungswissen. Der Patient ist oft selbst in der Lage eine adäquate Behandlung zu wählen. Diese Entwicklung und die Notwendigkeit der Entlastung des Gesundheitssystems von unnötig anfallenden Kosten, hat im Rahmen der Revision des Heilmittelgesetzes zur Idee einer Liberalisierung geführt: Neu werden Medikamente, die keine spezielle Fachberatung benötigen, auch in Drogerien verkauft werden können - auch in der Drogerie steht nämlich im Bedarfsfall eine ordentlich qualifizierte Fachberatung zur Verfügung. Dies ist praktisch und sach-

gerecht - da sind sich auch alle Akteure im Gesundheitswesen einig. Dieser Schritt schafft Effizienz und Ärzte werden von diesen leichten Erkrankungen entlastet. Ausserdem wird die Verfügbarkeit von Medikamenten ausgeweitet und damit die Versorgungssicherheit erhöht. Gleichzeitig werden die Kosten im staatlichen System gesenkt, weil keine Verschreibung und Abrechnung über die Krankenkasse anfällt. Swissmedic hat die bisher apothekenpflichtigen Medikamente untersucht und eine Liste publiziert mit den Medikamenten, welche sich aus ihrer Sicht für eine solche Lösung eignen.

Zudem, und dies ist ein offensichtlicher Widerspruch zur Liberalisierung, wurde gleichzeitig eine grosse Zahl bisher frei verkäuflicher Medikamente gegen leichte Erkrankungen neu einer Rezeptpflicht unterstellt. Dies macht aus der Sicht der Patienten keinen Sinn - sondern ist als Aufziehen neuer protektionistischer Zäune zu werten.

Zwar sind diese Medikamente gegen Kontrolle der Personalien und entsprechender Dokumentation weshalb das Medikament benötigt wird, auch weiterhin in der Apotheke erhältlich, sofern die Abgabe durch den Apotheker, nicht wie bisher durch dessen Assistentinnen, erfolgt und der Patient das Medikament persönlich abholt.

Wenn Sie also durch einen grippalen Infekt mit Fieber im Bett liegen, müssen sie sich selber in die Apotheke quälen um zum Beispiel ein Vicks Medinait kaufen zu gehen, Ihr Partner kann es ihnen nicht mehr heimbringen!



Medikamente im Supermarkt: Die Migros macht Druck

Fakt ist: Es gibt heute kein einziges Produkt im Markt, das in der Apotheke ohne Rezept bezogen werden kann und gleichzeitig so bedenklich wäre, dass es neu eine Konsultation bei einem Arzt oder ein Rezept benötigen würde. Dies hat der Bundesrat im Herbst 2018 auf eine parlamentarische Anfrage von Nationalrat Sebastian Frehner auch bestätigt.

Eine Überprüfung ist eine Verschwendung von Ressourcen, denn, wenn eine Gefährdung der Bevölkerung bestehen würde, hätte Swissmedic zum Schutz des Patienten schon lange einschreiten müssen. Auch gibt es Kantone, so zum Beispiel der Kanton Solothurn, welche es bereits heute erlauben, dass apothekenpflichtige Medikamente in der Drogerie abgegeben werden dürfen. Leben die Bewohner des Kantons Solothurn wirklich so gefährlich? Es gibt keinerlei Hinweise, dass dem so wäre!

Es ist zu erwarten, dass durch die neue Rezeptpflicht die Patienten zukünftig vermehrt für einfache Erkrankungen zum Arzt gehen. Folge davon: Die ohnehin vollen Wartezimmer beim Arzt werden noch voller und es entstehen immense Kosten, welche wir dann grösstenteils über die Krankenkassenprämien wiederum finanzieren müssen.

Sparen klingt bei mir anders!

Durch die Umteilung dieser Medikamente gegen leichte Erkrankungen, welche heute zu günstigen Preisen in der Apotheke gekauft werden können, werden diese massiv teurer. Alleine für die kassenvergüteten Produkte wird es

zu einem durchschnittlichen Preisaufschlag von rund 20% (in Einzelfällen um 50%) kommen, da die Vertriebsmarge für rezeptpflichtige Medikamente durch das Bundesamt für Gesundheit anders geregelt ist als für die apothekenpflichtigen Produkte.

Sparen klingt bei mir anders!

Diese neue Rezeptpflicht für heute rezeptfreie Medikamente dürfte zu Mehrkosten für Medikamente, Arztbesuche und Dokumentation in der Apotheke in dreistelliger Millionenhöhe führen, ohne einen sichtbaren Nutzen für den Patienten. Zum Vergleich 2017 wurden durch einschneidende Preissenkungen bei den Medikamenten im Rahmen der Dreijahresüberprüfung 225 Mio. CHF weggespart, mit dem Risiko einer Verschlechterung der Versorgungssicherheit.

Sparen klingt bei mir anders!

Nicht einmal der viel beschworene Missbrauch von Medikamenten lässt sich durch die Umteilung beheben. Denn diese erfolgt heute meist illegal und eine illegale Handlung, lässt sich nie mit einer zusätzlichen Regulierung verhindern, hier wären andere Massnahmen im Sinne einer Aufklärung notwendig. Sicherlich ist es der falsche Weg, die vielen Konsumenten zu bestrafen, welche sich korrekt verhalten und die Medikamente bestimmungsgemäss einsetzen.

Die geplante Umsetzung der neuen Regelung führt zu einem Bürokratiemonster mit hohen Zusatzkosten und es wird eine Chance verpasst das Gesundheitssystem durch optimalen Einsatz aller Akteure zu entlasten, die Versorgung der Patienten zu verbessern und die Sicherheit der Patienten zu gewährleisten.

Es wäre wünschenswert, diese Umklassierung nochmals zu überdenken und eine Lösung zu finden, welche dem ursprünglichen Willen des Gesetzgebers, nämlich die Ausweitung der Verfügbarkeit bei gleichzeitiger Kostendämpfung, gerecht würde.

Marcel Plattner, CEO Gebro Pharma AG & Präsident VIPS



Schweizer Gesetzeslücken

Genfer Ticketverkäufer führt alle an der Nase herum



UK minister says don't buy tickets from ViaGogo, "they are the worst"

Jacca-RouteNote in *Featured Gigs*

May 31, 2018

Es ist zum Verzweifeln: Der unseriöse Tickethändler viagogo mit Sitz in Genf bietet seit Jahren Betrügern eine Online-Plattform an, auf der sie schalten und walten können, wie es ihnen beliebt, ohne dass es juristische Konsequenzen nach sich ziehen würde. Die Betrügereien auf dieser Plattform haben ein aussergewöhnliches Ausmass für Schweizer Verhältnisse angenommen und dennoch kann das SECO, das Staatssekretariat für Wirtschaft, aufgrund der fehlenden Gesetzgebung nicht eingreifen. Dabei ist die kriminelle Energie, die bei viagogo freigesetzt wird, offensichtlich: 2017 verzeichnete die Rechtsberatung des Konsumentenforums 141 viagogo-Fälle. Und 2018 werden es ähnlich viele sein (Stand per Ende November 2018: 132 Fälle).

Was wurde nicht schon alles geschrieben, um eine breite Öffentlichkeit vor viagogo zu warnen: „viagogo ist ein nogo“, „Lady Gaga gegen viagogo“ (beide im Blick), „Wer hat's erfunden? Die Schweizer!“ (ausländische Presse) oder „Tickethändler verärgert ganz Europa“ (kf-Magazin). Genutzt hat's offenbar nichts, denn die Zahl der geprellten Kundinnen und Kunden ist nicht gesunken. Dabei werden Schweizer ebenso über den Tisch gezogen wie Deutsche,

Franzosen oder Skandinavier. Mittlerweile wird europaweit vor der Plattform gewarnt, teilweise sogar mit Unterstützung von Regierungsmitgliedern (siehe oben).

Das viagogo immer noch sein Unwesen treiben kann, liegt am Geschäftsmodell: Viagogo ist lediglich eine Plattform, die es Leuten ermöglicht, ihre Tickets weiterzuverkaufen. Die schweizerische Gesetzgebung ist punkto Weiterverkauf von Tickets aus zweiter Hand lückenhaft, und schützt eher die Betrüger als die Opfer.

Keiner der Verkäufer wird von viagogo überprüft, d.h. Betrüger können schalten und walten wie es ihnen beliebt... und viagogo weist die Verantwortung, sofern überhaupt eine Stellungnahmen erfolgt, jedesmal von sich. Aber auch die Plattform selber ist in betrügerische Machenschaften verwickelt: In zahlreichen Fällen wurden im Nachhinein zusätzliche Gebühren (teilweise teurer als die Tickets selber) erhoben, die nirgends ersichtlich waren.

Darum raten wir nochmals davon ab, Tickets bei viagogo zu kaufen!

Dominique Roten, Konsumentenforum

Vorsicht vor Online-Betrügern

So entlarven Sie betrügerische Webseiten

"Nichts ist falsch, wenn Dein Herz Dir sagt, dass alles richtig ist." Kein Zweifel, wer diese Weisheit von sich gegeben hat, dessen Herz muss noch analog geschlagen haben. Mittlerweile leben wir im digitalen Zeitalter und sind täglich auf der Hut vor falschen Avancen und leeren Versprechungen, die uns Internet-Betrüger machen. Doch wie kommen wir betrügerischen Internet-Seiten auf die Schliche? Diese Frage lässt sich am besten mit einer anderen Weisheit beantworten: "Gegen Liebe auf den ersten Blick hilft oft ein zweiter..."

Wofür haben Sie eine Schwäche? Was interessiert Sie besonders? Sind es Kleider, Autos, Sportgeräte, Musik, Kosmetik oder Medikamente? Wenn falsche Internet-Angebote auf die richtigen Zielgruppen treffen, mehren sich die Chancen der Betrüger, weil der Kaufreiz bei den Zielgruppen bereits erhöht ist. Darum lautet der erste Tipp, wenn Sie nächstes Mal ein sagenhaftes Schnäppchen im Netz sehen: Ruhig Blut!

Geben Sie Ihrem Kaufreiz nicht sofort nach

Bevor Sie den Warenkorb füllen, lehnen Sie sich zurück und schauen Sie sich erst einmal in Ruhe die Webseite an. Sind die unten stehenden Kriterien nicht komplett erfüllt, raten wir von einem Kauf ab.

Suchen Sie die Kontaktadressen

Aufgrund möglicher Beschwerden und Garantie-Einforderungen haben unseriöse Online-Anbieter gar kein Interesse daran, erreichbar zu sein. Häufig fehlen darum Telefon-Nummer, Firmen- und e-Mail Adresse auf der Webseite. Lassen Sie sich nicht von den aufregenden Bildern und Rabatten ablenken: Suchen Sie die Kontaktadressen auf der Webseite. Ein Trick der Betrüger ist auch, Sie mittels automatischem Kontaktformular im Glauben zu lassen, Ihr Fall werde bearbeitet.

Klicken Sie auf den Kundendienst

Fehlen schon die Kontaktadressen, kann es logischerweise auch keinen Kundendienst geben. Gewisse Betrüger hält das aber nicht davon ab, das Wort "Kundendienst" oder "Service & Beratung" auf die Webseite zu platzieren. Klicken Sie drauf, passiert etwas? Steht was über Garantiebedingungen drin und

wie man mit dem Online-Anbieter in Kontakt treten kann?

Prüfen Sie den Text

Unglückliche Formulierungen sind auch bei Muttersprachlern möglich. Wenn aber der grösste Teil der Texte in kuriose oder stark fehlerhaftem Deutsch formuliert ist („wir helfen Sie wo wir Können“, „der leading Poduzent global“), können Sie davon ausgehen, dass der Anbieter kaum ein Wort Deutsch kann und auch sonst nicht viel von Schweizer Kundenstandards weiss.

Links, die keine sind

Um der Webseite einen seriösen Anstrich zu geben, werden häufig „Partner“ mit seriösem Ruf aufgelistet. Egal ob Mastercard, VISA oder Swisscom: es wird vor nichts zurückgeschreckt um Sie an der Nase herumzuführen. Klicken Sie diese Logos an. Wenn nichts geschieht und es keine Weiterleitung gibt, handelt es sich nur um eine „Attrappe“.

Fragen Sie unseren Rechtsdienst

Der Rechtsdienst des Schweizerischen Konsumentenforums hat viel Erfahrung mit betrügerischen Webseiten. Fragen Sie im Zweifelsfall unsere kf-Juristinnen, die Ihnen gerne mit Rat zur Seite stehen. Die Erstberatung ist übrigens kostenlos...und trotzdem seriös!

Im Ernstfall: Ombudsstelle "e-Commerce"

Die Ombudsstelle E-Commerce, ebenfalls Teil des Konsumentenforums, hilft Ihnen kostenlos, wenn Sie nach einem Einkauf im Internet eine Beschwerde über ein bestimmtes Unternehmen haben, welches Sie nicht selber lösen können.



Taxameter-(Un)genauigkeiten

METAS präsentiert Resultate



Wie genau rechnen Taxameter in der Schweiz? METAS, das eidgenössische Institut für Metrologie, zuständig für die Genauigkeit von Messungen in der Schweiz, hat diese Frage im August 2018 beantwortet: Die in der Schweiz in Taxis eingebauten Taxameter messen die Distanz zwar grundsätzlich richtig, zeigen im Schnitt jedoch generell etwas zu viel an. Künftig müssen die Taxifahrer ihre Taxameter vermehrt selbst kontrollieren.

Um die Messgenauigkeit von Taxametern überprüfen zu können, hat das METAS zwischen Ende November 2017 und Ende Februar 2018 bei Taxis in mehreren Schweizer Städten insgesamt 165 Kontrollfahrten durchgeführt (Aarau, Basel, Bern, Genf, Lausanne, Luzern, Winterthur, Zürich). Bei 67% der kontrollierten Taxis lag die Abweichung bei maximal zwei Prozent und damit innerhalb der in der Verordnung festgelegten Fehlergrenzen. 26% der Taxis zeigten eine Abweichung von mehr als +2% und 7% der Taxis eine tiefere Abweichung als -2%.

Auffällig ist Zürich: Der Mittelwert der Abweichungen in Zürich lag bei +2.4%. Mit Ausnahme von zwei Taxametern

zeigten sämtliche Taxameter eine zu lange Wegstrecke an, 64% davon wiesen gar eine Abweichung aus, die über der tolerierten Fehlergrenze lag.

Insgesamt zeigen die Resultate, dass die Situation nicht optimal und eine Verbesserung erstrebenswert ist. Die Taxifahrer müssen darum die Taxameter künftig häufiger selbst kontrollieren.

Was ist ein Taxameter?

Ein Taxameter ist ein elektronisches Gerät zur Erfassung von Fahrpreisen in Taxis auf Basis von Tarifen. Taxameter dürfen nur eingesetzt werden, wenn sie die vorgegebenen technischen Anforderungen erfüllen. In der Schweiz verkehren über 3'500 Taxis und der jährliche Umsatz der Branche liegt bei ca. 175 - 299 Mio. CHF. Die Schweiz war, abgesehen von wenigen Ausnahmen, das einzige Land in Europa, das keine Anforderungen an Taxameter aufgestellt hat und diese auch nicht regelmässig überprüft hat.

Dominique Roten, Konsumentenforum

ÜBER'S OHR GEHAUEN WORDEN?



Mit einem **Jahresbeitrag von Fr. 50.-** sichern Sie sich unsere **Rechtsberatung zum Nulltarif** und erhalten vier Mal jährlich unser Magazin «**konsum.ch**».

So werden Sie Mitglied:

[www.konsum.ch/shop/
mitglied-konsumentenforum-kf](http://www.konsum.ch/shop/mitglied-konsumentenforum-kf)



Schweiz. Konsumentenforum kf
Belpstrasse 11
CH-3007 Bern
031 380 50 30

Beratungshotline

zum Festnetztarif:

031 380 50 34

kfberatung@konsum.ch

Öffnungszeiten:

Mo - Mi: 10:30 - 13:30 Uhr

Do - Fr: 12:30 - 15:30 Uhr

SCHWEIZERISCHES
KONSUMENTENFORUM kf



kf-Shop

www.konsum.ch/shop



Sportbeutel "Helden" - CHF 15.00



Stoff-Tasche "kf" - CHF 15.00



Kleber "Zurück/Refusée" - CHF 3.00



Kleber "Keine Werbung" - CHF 2.00



Schlüsselanhänger "kf" - CHF 10.00

Anzeige

**Aus Erfahrung
stark in
Kommunikation.**

rubmedia



Babettes Schlusswort

Wie weh tut „es bitzeli meh“?



Sonne, lange heisse Tage, die sich bis weit in den Herbst hineinzogen. Ist's der Klimawandel, oder war es einfach ein selten schöner Sommer? Wie auch immer: dass der Klimawandel uns bereits erreicht hat, ist Tatsache. Auch wenn einige diesen verleugnen. Sie argumentieren damit, dass es in der Erdgeschichte immer wieder Hitze- und Kälteperioden (die letzte echte Eiszeit über Mitteleuropa, während welcher ein Leben unmöglich war, liegt zehntausend Jahre zurück, die sogenannte Kleine Eiszeit dauerte drei Jahrhunderte) gegeben habe. Das ist richtig, aber die aktuelle Klimaerwärmung ist menschenverursacht und kann nicht, wie die letzten Erderwärmungen, von der Natur selber verkraftet werden.

Seit einer Woche ist's nun empfindlich kühl, und dankbar werden die Heizkörper landauf, landab auf den Winterbetrieb eingestellt. Gerade rechtzeitig hat die Kommission UREK des Nationalrates die Revision des CO₂-Gesetzes debattiert. Mit hauchdünner Mehrheit kam eine Verschärfung des bestehenden Gesetzes zustande. „Ach, Du meine Güte“, denken Sie vielleicht, „also, das interessiert mich jetzt nicht gerade brennend. Eigentlich überhaupt nicht.“ Sollte es aber, denn für uns Konsumenten ist dies relevant.

Worum geht es? Konkret soll gemäss Pariser Klima-Abkommen der CO₂-Ausstoss weltweit reduziert werden. Ja, weltweit, ja, auch in der Schweiz. Nun kann niemand gegen den Schutz unseres Planeten, unseres Klimas sein. Da ist jeder gern bereit, etwas dafür zu tun... falls erstens: es nichts kostet. Zweitens: keine Massnahmen getroffen werden müssen, welche die persönliche Freiheit einschränken. Drittens: es vor allem die anderen sind, die sich darum kümmern.

Kohle, Gas und Öl liefern nach wie vor die Energie für die Welt und halten sie im wahrsten Sinne des Wortes am Laufen: Verbrennungsmaschinen und -motoren treiben die Weltwirtschaft an. Asphalt, Zement, Stahl, Papier, Landwirtschaft und Aluminium benötigen für alle Zeiten Feuer. 85% aller Energieleistung weltweit werden durch Verbrennung erzeugt; und diese verursacht die problematische Klimaerwärmung.

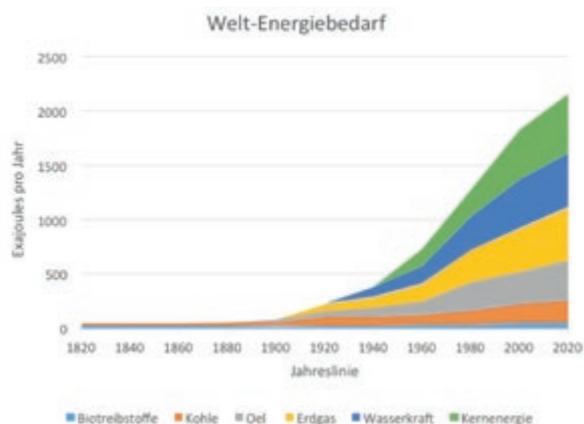
Ein globales Problem muss allerdings auch global gelöst werden. Die Schweiz, mitunterzeichnend bei allen Klima-Abkommen, trifft seit vielen Jahren Massnahmen, um die Klimaziele zu erreichen. Die Bemühungen sind gross und kostspielig, und viel Luft gegen oben gibt es hier nicht mehr.

Die Verschärfung des CO₂-Gesetzes sieht vor (und jetzt kommt's!), dass Treibstoff acht Rappen teurer werden soll, um damit sogenannte Kompensationen, Klimaprojekte im Ausland, zu finanzieren. Acht Rappen - wir denken, dass soll es uns doch wert sein? Wir Unterländer, die wir

öV-verwöhnt sind, können gern auf ein paar Autofahrten verzichten, um die Mehrkosten zu kompensieren, aber das können viele, die in nicht

so gut erschlossenen Gegenden wohnen, nicht. Sie sind auf's Auto angewiesen. Nicht zu vergessen, dass die meisten Produkte, die wir erwerben, per Lastauto angeliefert werden. Der Treibstoffpreis wird eins zu eins an den Konsumenten weitergegeben, was Preisaufschläge auf fast allen Produkten zur Folge hat. Und denken wir daran, dass unsere wohlige Wärme in unseren vier Wänden dank Heizöl zustande kommt. Steigen die Treibstoffpreise, steigen auch die Mieten.

Wir müssen uns also sehr genau überlegen, ob diese Gesetzesverschärfung wirklich zielführend ist... oder ob uns mit diversen CO₂-Reduktionsmassnahmen, die wir freiwillig und gern umsetzen, nicht viel mehr gedient ist?



Impressum

Herausgeber

Schweizerisches
Konsumentenforum
Belpstrasse 11
3007 Bern

Tel. 031 380 50 30
Fax 031 380 50 31
forum@konsum.ch
www.konsum.ch
Twitter: @kf_schweiz

Beratung

Tel. 031 380 50 34
kfberatung@konsum.ch

Spendenkonto

PC 80-59025-0
(Verein)

Präsidentin

Babette Sigg Frank

Redaktion/ Gestaltung

Dominique Roten

Druck

Rub Media AG, Bern

Auflage.

1'600 Stk.



konsum.ch

Das Magazin des Konsumentenforums kf
Nr. 62 | Dezember 2018

